

PROTESTNOTE DER OMAS GEGEN RECHTS WIESBADEN – OFFENER BRIEF

Gerichtet an den Ministerpräsidenten des Landes Hessen, Herrn Volker Bouffier
 den Innenminister des Landes Hessen, Herrn Peter Beuth
 den Leiter des Polizeipräsidiums Westhessen, Herrn Stefan Müller
 den Leiter des Ordnungsamtes Wiesbaden, Herrn Stefan Krebs
 den Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden, Herrn Gert-Uwe Mende

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum wiederholten Male versammelten sich am Samstag, den 13.03.2021, Corona-Leugner*innen, „Querdenker*innen“ und Verschwörungsideolog*innen unterschiedlichster Couleur in den Wiesbadener Reisinger-Anlagen. Wie üblich protestierten sie nicht nur gegen die Pandemie-Politik der Regierung, sondern nutzten die Gelegenheit, um gleichzeitig mit übelsten Hasstiraden, Schmähungen, Verhöhnungen und Lügen das sogenannte „marode System“ zu attackieren.

Zum wiederholten Male haben wir OMAS GEGEN RECHTS eine Mahnwache gegen diese organisierte Verantwortungslosigkeit, Irrationalität, Demokratie- und Menschenverachtung veranstaltet.

Und zum wiederholten Male mussten wir dabei zusehen, wie seitens der „Querdenker*innen“ permanent, massenhaft und provokant gegen die dem allgemeinen Gesundheitsschutz dienenden Corona-Regeln sowie Versammlungsrichtlinien und -auflagen verstoßen wurde, ohne dass die anwesenden Ordnungskräfte dagegen eingeschritten wären.

In den Auflagen des Wiesbadener Ordnungsamtes für Versammlungen unter freiem Himmel heißt es: „Auch bei der Ausübung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit ist auf die Belange des Schutzes der Allgemeinheit vor der Ansteckung mit dem Corona-Virus Rücksicht zu nehmen.“ Und genau aus diesem Grunde ist laut dieser Auflagen ein Mindestabstand von 1,5 Metern zwischen Personen verschiedener Haushalte einzuhalten. Ferner ist eine medizinische Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen. Um die Umsetzbarkeit dieser elementaren Infektionsschutzregeln, insbesondere des Mindestabstands, zu gewährleisten, ist die Teilnehmerzahl den örtlichen Gegebenheiten entsprechend zu begrenzen. Eine deutliche Überschreitung der angegebenen resp. genehmigten Teilnehmerzahl ist zu verhindern. Weiter heißt es dann: „Sollte die Einhaltung der aktuell gültigen Infektionsschutzregeln nicht mehr gewährleistet sein, so hat die Versammlungsleitung die Versammlung zu beenden und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Entfernen vom Versammlungsort aufzufordern.“

Die Großdemonstration der „Querdenker*innen“ vom vergangenen Samstag war mit hohem medialem Aufwand und der Ankündigung prominenter Szene-Redner*innen beworben worden. Die angemeldete resp. genehmigte Teilnehmer*innenzahl betrug 350. Tatsächlich aber versammelten sich rund 1000 Personen – in Happening-Manier über Stunden dicht an dicht gedrängt, die allermeisten ohne die verpflichtende Mund-Nasen-Bedeckung. Die Rechtspflicht, für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Versammlung zu sorgen, wurde von der Versammlungsleitung schlichtweg (und dies ist noch die freundlichste Umschreibung) ignoriert. Schlimmer noch: von der Bühne erging sogar der Aufruf an die wenigen, die bis dahin noch eine Mund-Nasen-Bedeckung trugen, die Masken abzulegen und gemeinsam zu singen. Ein weiteres Superspreading-Event war damit besiegelt.

Dieser Geschehensablauf wiederholt sich mit erschreckender Regelmäßigkeit. Von den „Querdenker*innen“ und ihrem Umfeld kann dies bestenfalls als Naivität oder stillschweigende Duldung, schlimmstenfalls triumphierend als (un)heimliche Sympathie der Polizei für ihre Staatsverachtung und ideologischen Grundvorstellungen und Ziele verstanden werden. Wie sollte da bei den Anhänger*innen die Notwendigkeit der Mäßigung erkannt, wie Mitläufer*innen zum Nach- und Um- statt „Quer“-denken gebracht werden?

Wir sind empört und stellen deshalb folgende Fragen:

1.) Warum hat die Polizei nicht dafür Sorge getragen, dass die angemeldete Teilnehmerzahl nicht signifikant überschritten wurde, zumal hinlänglich bekannt ist, dass Querdenker*innen und Coronaleugner*innen sich in aller Regel nicht an die Hygiene-Vorschriften halten?

Die Möglichkeit dazu bestand durch entsprechende Maßnahmen im Vorfeld wie z.B. die Kontrolle und Abweisung von Bussen und/oder die Zurückweisung nachströmender Gruppen am Bahnhof und an den umliegenden Parkplätzen. Andernorts ging die Polizei genauso vor.

Angesichts der allgemein bekannten massiven Mobilisierung musste auch die polizeiliche Einsatzleitung in Wiesbaden in ihrer Einsatzplanung und Handlungsstrategie auf die mehrfache Überschreitung der gemeldeten Teilnehmer*innenzahl vorbereitet sein.

Spätestens aber bei den von ihr durchgeführten Einlasskontrollen hatte die Polizei vor Ort die Möglichkeit, ein „Volllaufen“ der Reisinger-Anlagen zu verhindern.

2.) Warum hat die Polizei zugelassen, dass die allermeisten der Corona-Demonstrant*innen sich ihrer Mund-Nasen-Bedeckung direkt nach der Einlasskontrolle entledigten?

Hier hätte sie unmittelbar eingreifen müssen.

3.) Warum hat die polizeiliche Einsatzleitung die anhaltende Verletzung der oben beschriebenen Rechtspflicht durch die Versammlungsleitung geduldet?

Als zu erkennen war, dass weder der Mindestabstand eingehalten noch die Mund-Nasen-Bedeckung befolgt wurde, hätte die Versammlung aufgelöst werden müssen.

Obwohl die Infektionszahlen erneut steigen und die Intensivmediziner *innen vor einer neuerlichen Überlastung der Intensivstationen wie des gesamten Gesundheitswesens warnen, schaut die Polizei den systematischen Rechtsbrüchen und Grenzüberschreitungen der „Querdenker*innen“ und ihrer Unterstützer *innen tatenlos zu. Als Teil der von Bundespräsident Frank Walter Steinmeier geforderten „wehrhaften Demokratie“ ist sie nicht erkennbar.

Wir OMAs GEGEN RECHTS stimmen den folgenden Sätzen aus der Antrittsrede des Bundespräsidenten mit Nachdruck zu: "Wir brauchen den Mut, zu bewahren, was wir haben. Freiheit und Demokratie in einem vereinten Europa – dieses Fundament, das wollen, das müssen wir miteinander verteidigen. Es ist nicht unverwundbar – aber, ich bin fest davon überzeugt, es ist stark."

Allerdings reicht es nicht aus, wenn es die „klugen und wehrhaften“ Verteidiger*innen von Rechtsstaat und Demokratie nur in der Zivilgesellschaft gibt, es muss sie auch in den Ordnungskräften geben. Das zumindest sollten wir aus unserer Geschichte gelernt haben.

Ihrer Antwort auf unsere Fragen sehen wir mit Spannung entgegen. Wir erwarten eine substantiierte Begründung und die Darlegung überzeugender Konsequenzen für das zukünftige polizeiliche Vorgehen.

Mit freundlichen Grüßen

OMAS GEGEN RECHTS Wiesbaden

Omasgegenrechts-wiesbaden@gmx.de

unterstützt von

Aufstehen gegen Rassismus Rhein-Main

Black Community Foundation Wiesbaden

Bündnis gegen Rechts Wiesbaden

DGB Kreisverband Wiesbaden Rheingau Taunus

Evangelisches Dekanat Wiesbaden, Gesellschaftliche Verantwortung

Flüchtlings- und Integrationshilfe Idstein e.V.

Fridays for future Wiesbaden

Fulda stellt sich quer e.V.

Die Linke Wiesbaden

OMAS GEGEN RECHTS in Deutschland

OMAS GEGEN RECHTS Deutschland e.V.

OMAS GEGEN RECHTS Bodensee

OMAS GEGEN RECHTS FULDA

OMAS GEGEN RECHTS Frankfurt

OMAS GEGEN RECHTS Mainz

OMAS GEGEN RECHTS München

OMAS GEGEN RECHTS Nagold

OMAS GEGEN RECHTS Rhein-Neckar

OMAS GEGEN RECHTS Stuttgart

OMAS. GEGEN RECHTS Wetterau

Seebrücke Wiesbaden

